

# «Gute Nachbarschaft ist mehr als ein Versprechen»

Pressekonferenz des FBP-Regierungsteams «Liechtenstein und die Welt» – Aussenpolitik soll Interessen unseres Landes vertreten

Unter dem Titel «Liechtenstein und die Welt» lud das Regierungsteam der Bürgerpartei gestern zu einer Pressekonferenz, an welcher Regierungschefkandidat Otmar Hasler zusammen mit den Regierungsratskandidaten Rita Kieber-Beck und Ernst Walch einerseits ihre Ideen für eine künftige Aussenpolitik darlegten, andererseits aber auch Red und Antwort für auftretende Fragen standen.

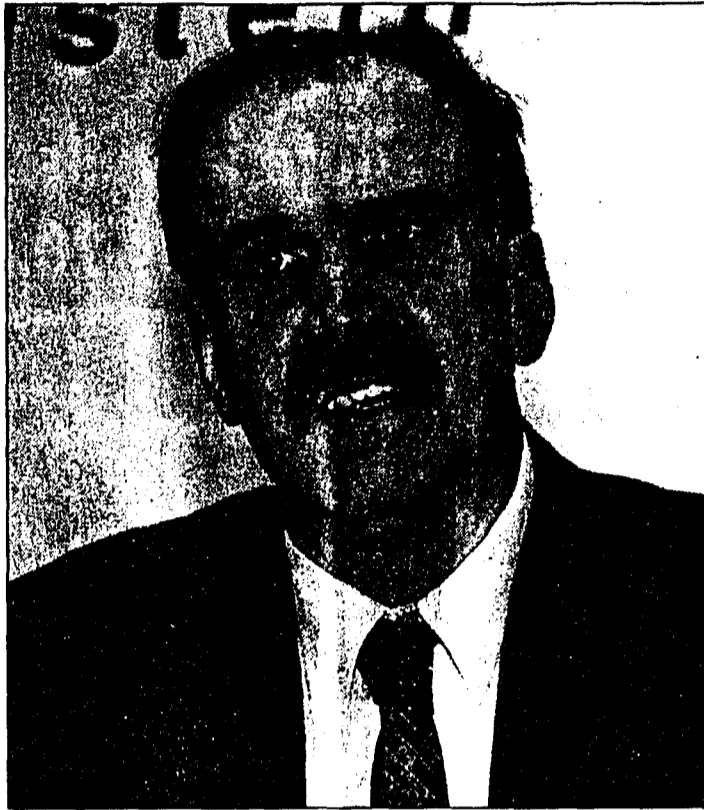
Peter Kindle

«Die Herausforderung, seine Interessen wirksam wahrzunehmen, bedeuten für Liechtenstein eine zunehmend anspruchsvollere Aufgabe», stellte Otmar Hasler, Regierungschefkandidat der Bürgerpartei, in seinem Statement zur zukünftigen Gestaltung der liechtensteinischen Aussenpolitik fest. Entscheidend sei, dass die zuständigen staatlichen Organe, nämlich Fürst, Regierung und Landtag, permanent die Interessen unse-

res Landes in den sich rasch ändernden Verhältnissen in unserem internationalen Umfeld analysieren. «Darauf aufbauend müssen Strategien und Mittel festgelegt werden», welche die Interessenvertretung unseres Landes ermöglichen.

## Problemfelder rechtzeitig erkennen

Regierungschefkandidat Otmar Hasler führte aus, dass eine wirksame Aussenpolitik nur dann funktioniere, wenn Problemfelder rechtzeitig erkannt und entsprechende Schwerpunkte gesetzt werden. Es sei unabdingbar, dass die Regierung Liechtenstein in Zukunft «inhaltlich wirkungsvoll» vertritt, damit unser Land von aussen gesehen nicht «zu einem Objekt der Entwicklung» wird. «Unser kleines Staatswesen wird immer wieder Anfechtungen von aussen ausgesetzt sein», so Otmar Hasler. Entscheidend sei aber, so der Regierungschefkandidat, dass unser Land seine Identität positiv besetzen müsse, gleichzeitig sich aber auch «in der Zeit des fortschreitenden Integrationsprozesses» die Frage nach der



FBP-Regierungschefkandidat Otmar Hasler zeigte die Eckpunkte einer zukünftigen liechtensteinischen Aussenpolitik auf, die grösstenverträglich ist.

Grössenverträglichkeit unseres «Staatsseins» immer wieder stellen muss.

## Interessenpolitik allein genügt nicht

Obwohl Aussenpolitik eine Interessenspolitik sei, mittels welcher die wirtschaftliche und politische Stellung Liechtensteins abgesichert werde, reichte dieser Ansatzpunkt jedoch nicht, betonte Otmar Hasler. «Liechtenstein soll seinen Möglichkeiten entsprechend einen Beitrag für die Völkergemeinschaft bringen», erklärte der FBP-Regierungschefkandidat. Das Regierungsteam der Bürgerpartei ist überzeugt, dass dies in den Bereichen der humanitären Hilfe, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Vermeidung von internationalen Konflikten geschehen muss. Wichtigste Voraussetzung für ein nachhaltiges Funktionieren der Aussenpolitik sei aber, dass diese auch innerhalb der Bevölkerung auf breiter Ebene disku-

tiert und getragen werde.

## Sicherheit und Vertrauen schaffen

Durch die wirtschaftliche und kulturelle Einbindung Liechtensteins in unsere Region, so Otmar Hasler, sei es nötig, durch den Beweis von guter Nachbarschaft und regionaler Verankerung unseres Landes, Sicherheit und Vertrauen zu schaffen. «Das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten prägt unser tägliches Leben. Eine Vertiefung der Beziehungen ist anzustreben. Im Rahmen der europäischen Integration ist die enge Zusammenarbeit mit dem Zollvertragspartner Schweiz von grosser Bedeutung», betonte Otmar Hasler. Des Weiteren erklärte der FBP-Regierungschefkandidat, dass «wo immer sinnvoll, Aufgaben delegiert werden müssen, damit unser Land seine Kernaufgaben wirkungsvoll und grössenverträglich wahrnehmen kann». So sei unter anderem zu prüfen, ob in

Berlin, im Sinne der Beziehungsvertiefung zu Deutschland, eine ständige Botschaft errichtet werden soll.

## Krisenmanagement nötig

«Schon im April dieses Jahres hat die Bürgerpartei der Regierung im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um den Finanzplatz vorgeschlagen, einen sogenannten Think-Tank einzuberufen», stellte Regierungsratskandidat Ernst Walch an der gestrigen Pressekonferenz fest. Dieser Expertenrat soll in Zukunft unserem Land gewährleisten, dass man auf Krisen vorbereitet ist. Die Notwendigkeit eines funktionierenden Krisenmanagements sei unerlässlich, betonte der Regierungsratskandidat. Dieser Beirat soll gemäss Vorstellung des FBP-Regierungsteams mit 10 bis 12 Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland besetzt werden, welche eine gesamtheitliche Betrachtung unseres Landes vornehmen. «Entwicklungen und Trends sollen erkannt und auch beeinflusst werden können», so Ernst Walch, «damit wir nicht zum Objekt der Gegebenheiten werden, sondern diese trends aktiv mitbeeinflussen können». Ernst Walch betonte aber ausdrücklich, dass es sich bei diesem Expertenrat nicht um ein «Schattenkabinett» handeln dürfe, sondern dass dieses Gremium lediglich in beratender Funktion, ohne Übernahme von staatlichen Aufgaben, seine Tätigkeit ausüben dürfe. Die Angst vor einer Fremdbestimmung sei unbegründet.

## Solidarität nicht nur finanzieller Natur

Regierungsratskandidatin Rita Kieber-Beck ging an der Pressekonferenz auf den Aspekt der Solidarität einer

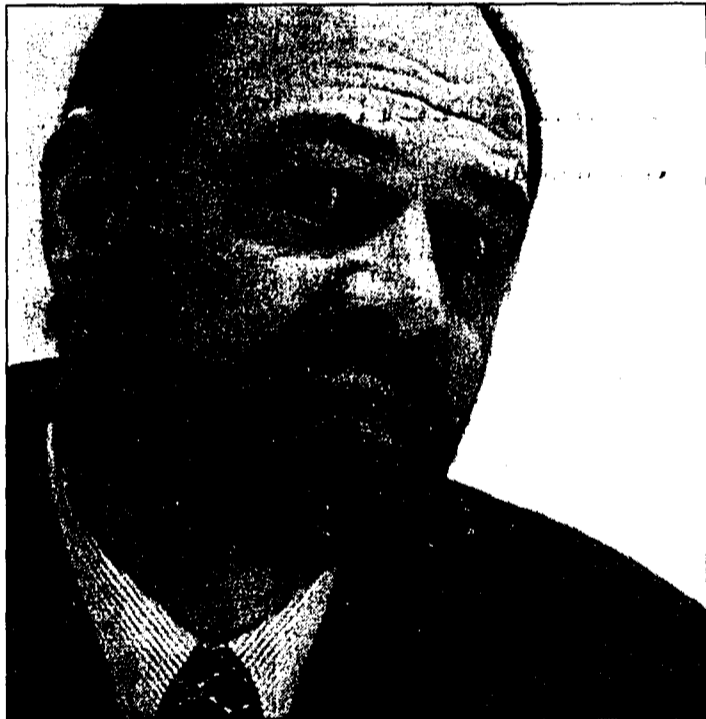
rität zu zeigen, sondern gerade auch im eigenen Land sei es von ausserordentlicher Wichtigkeit, diese zu leben.

## Heutiger Regierung mangelt es an Sensibilität

Es sei unbestritten, dass die Bevölkerung unseres Landes immer wieder mit grosszügigen Spenden notleidenden Menschen helfe. «Leider mangelt es der heutigen Regierung hin und wieder an Sensibilität», erklärte die FBP-Regierungsratskandidatin. So habe die Regierung erst aufgrund öffentlicher Kritik die Verbundenheit Liechtensteins zu den Notleidenden in den Unwertgebieten der Schweiz und Italiens ausgedrückt. «Freundschaft und gute Nachbarschaft zeichnen sich gerade in schlechten Zeiten durch grosszügige Hilfeleistung aus. Gute Nachbarschaft ist mehr als ein Versprechen.» Solidarität bedeute aber nicht nur die Ausschüttung von finanziellen Mitteln, sondern mit dem richtigen Wort am richtigen Ort bekundet und erlebt der Kleinstaat Sympathie.

Rita Kieber-Beck nahm zudem die Gelegenheit wahr, über drei Projekte zu berichten, welche die Bürgerpartei, wenn sie bei den Wahlen die Mehrheit zugesprochen bekommt, verwirklichen möchte: Einerseits soll die humanitäre Hilfe in Zusammenarbeit mit einer ausländischen Partnerorganisation verstärkt werden. Strukturen sollen erarbeitet werden, damit personelle sowie materielle Ressourcen für Direkteinsätze bereitgestellt werden können.

Ein zweiter Punkt sei die Aufgabe, dass die Projekte des LED nicht nur finanziert werden sollen, sondern dass sich unser Land auch die nötige Zeit



FBP-Regierungsratskandidat Ernst Walch: «Unser Land muss über ein effektives Krisenmanagement verfügen».



FBP-Regierungsratskandidatin Rita Kieber-Beck betonte, dass gute Nachbarschaft mehr als nur Versprechen bedeute.

Wussten Sie, dass...

... bis Sommer 2001 weltweit  
**200 UMTS** Konzessionen  
 vergeben werden? Davon sind  
 zur Zeit **12 UMTS-Netze**  
 im Aufbau.

Quelle: Europäische Mobilfunkinitiative

Freiheit, Sicherheit und Verbundenheit

Eine Pro-Mobilfunk Initiative, 2000

zukünftigen liechtensteinischen Aussenpolitik ein. «Solidarität steht gerade einem Kleinstaat wie Liechtenstein an», betonte Rita Kieber-Beck in ihrem Statement an der gestrigen FBP-Presskonferenz. Gerade auch aus dem Umstand heraus, dass unser Staat jährlich Reserven bilden könne – und dies ohne eigenes Zutun – sei es an Liechtenstein, Solidarität gegenüber Schwächeren zu beweisen. Es sei jedoch nicht das vordergründige Ziel, nur im Ausland diese Art der Solida-

nimmt, die Probleme kennenzulernen und die Projektarbeit vor Ort zu würdigen.

Ein weiteres Projekt, welches eine FBP-Regierung initiieren möchte, beschäftigt sich mit der internationalen Konfliktverhütung. Ein entsprechendes Institut soll sich auf wissenschaftlicher Ebene mit einem Teil der Konfliktforschung auseinandersetzen, damit Liechtenstein einen nachhaltigen Beitrag zur Daseinsberechtigung als Kleinstaat innerhalb der Staatenwelt aufzuzeigen vermag.